

„Linke“ Politik mit Stahlbeinen

Noch ein Wort zu den Dresdner SPD-Veranstaltungen

286 ...Sollten im Lohnkampf politischen Überlegungen hienachkommen, so wird die Reichsregierung alles tun, um auch die Staatsautorität gegenüber solcher Theorie zu schützen. ...Wir glauben, daß wir auf diesem Wege das deutsche Volk aus dem Klassenkampf am schärfsten herausbringen, daß der Klassenkampfgedanke am schärfsten erledigt und der Marxismus wirklich erledigt werden wird.“ (Aus der Kölner Brünning-Rede, wiedergegeben aus dem Zentralorgan des Zentrums der „Germania“.)

Der Beschluß der Reichstagsfraktion, das Kabinett Brüning nicht zu kürzen, hat unseren vollen Beifall gefunden.“ (SPD-Landtagsabgeordneter Geiser im Reichstagspalast.)

„Tavohil, wir haben Brüning unterstützt und werden ihn weiter unterstützen.“ (Stamper im Reichstagspalast.)

Dresden, 2. Februar.

Am Freitag haben die sozialdemokratischen Führer Dresdens der Bourgeoisie und ihrem faschistischen Völk das schändliche Schauspiel geboten, oppositionelle Arbeiter blutig niederzuschlagen, den Versuch zu unternehmen, Arbeiter gegen Arbeiter zu hetzen, wo die kämpfende Einheit des Proletariats niemals dringender als in dieser Stunde war. Selbst sozialdemokratische Arbeiter verfielen dem Summtrüppel der Polizei, den Stahlbeinen der von SPD- und Reichsbannerführern aufgehetzten Reichsbannerarbeiter. Warum? Weil sie blutige Zusammenstöße, die Versammlung sprengen wollten? Nichts davon. Nur deshalb, weil sie protestierten gegen die schamlose Verhöhnung Kugels durch Crispian in einem Augenblick, wo die Überlegenheit des sozialistischen Systems gegenüber der blutigen Weltordnung des Kapitalismus für jedermann sichtbar ist. Nur deshalb, weil sie fieberhaft darauf warteten, daß der kommunistische Redner das Lügenwort der sozialdemokratischen Bürokratie zerreißen werde. Das zu vereiteln, darum sprengten die Crispian und Müller die Versammlung, vergossen Arbeiterblut, um die Entlarvung ihrer verruchten Brüning-Politik zu verhindern.

In ihrer Presse erheben sie Anklage gegen die blutigen Terrormethoden gegen die blutigen Versammlungsprekungen der Hitler-Banden. Sie haben diese Methoden selbst übernommen in einem Augenblick, wo die Sturmfront der proletarischen Einheitsbewegung sie hinwegzuschwemmen, ihren politischen Einfluß unter den sozialdemokratischen Arbeitermassen zu vernichten droht.

Die blutige Provokation der SPD-Führer im Dresdner Reichstagspalast ist nur die Erscheinungsform, der Ausfluß, das Resultat ihrer durch und durch sozialfaschistischen Politik. Neben dem Versuch, den aufbrechenden Massenkampf des Proletariats gegen die braune Mordpest abzuwürgen, waren die drei sozialdemokratischen Versammlungen am Freitag in Dresden von der Absicht getragen, die SPD-Arbeiter auf die weitere Unterstützung des Diktator-Kabinetts Brüning einzustimmen. Deutlich läßt es Stamper in seiner Rede. Ebenso unmissverständlich verständlich Geiser die politische Plattform der „Linken“, die sich von derjenigen der Weis und Müller, der Seewering und Brüning in nichts mehr unterscheidet.

Noch während der letzten Reichstagswahlen die Politik Brüning als die „Politik der Verunsicherung“ bezeichnet, den Wählern versprechend, daß die Sozialdemokratie nach dem 14. September keine Stunde mehr die Diktatur des Artikels 48, die Ausbeutung des Parlamentes, das Regieren mit faschistischen Methoden dulden werde, ist heute für die „Linken“ Führer das Brüning-Kabinett zum „Torträger“ gegen Faschismus avanciert. Die Brüning-Regierung ist im gegenwärtigen Augenblick die „einzige mögliche“, erklärten die SPD-Regierenden. Sie ist gegenwärtig die „einzige Erlösung“, die verhindert, daß der Faschismus das Reglementstücker ergreift.

Welch ein Hohn, eine Verhöhnung der tatsächlichen Lage, das Eingeständnis politischer Ohnmacht und Verunsicherung!

Das Brüning-Kabinett ist die Regierung zur Durchführung der faschistischen Diktatur. Sie ist es, die das Parlament nach Hause jagt und den Artikel 48 verleiht. Sie ist es, die den Lohnabbau der kapitalistischen Scharfmacher mit allen staatlichen Gewaltmitteln unterstützt und dabei selbst den Schein demokratischer Institutionen aufhebt. Sie ist es, die die Massenorganisation des Proletariats, die Partei der Arbeitermänner und Volksbeiräte, der Hitler und Goebbels unterstützt und fördert, die die Naziherrschaft in den Regierungen Thüringens und Preussens unterstützt, obwohl es erwiesen und selbstverständlich ist, daß die Nazimilizien offen die Einbeziehung der SA-Truppen in den Rahmen der bewaffneten Staatsmacht durchführen. Sie, diese Brüning-Regierung, diese Regierung des Lohnabbau und der Steuerdiktatur, des Artikels 48 und der blutigen Versammlungen gegen Streikende, Arbeiter, ist es, die „Linken“ sozialdemokratischen Führer der „Sturmfront“, der „Schwamm gegen den Faschismus“. In einem solchen Sumpf ist die zentralistische Theorie und Praxis gelandet. Von einem Scheinkampf gegen Faschismuspolitik bei gleichzeitiger prinzipieller Bereitschaft zur Koalitionspolitik bis zur offenen Unterstützung eines Diktator-Kabinetts! Die Kraft des Proletariats gilt ihnen nichts mehr.

Die Organisation des politischen Kampfes gegen den Faschismus, der außerparlamentarische Massenkampf ist für sie nichts mehr. „Nicht so, daß Seewering-Politik in die puschenden Arbeiter führt; recht so, daß die Gewerkschaftsbürokratie den faschistischen Lohnraub mit durchführt, weil die Arbeiter nicht kämpfen wollen und können in der gegenwärtigen Situation.“ — zu solchen Argumenten haben die Sozialfaschisten, haben die „Linken“ SPD-Führer in solchen Zuständen gekommen. Nur selbstverständlich, daß sie einen Stamper, der im Jahre 1919 im „Vorwärts“ die Reichswehrführer gegen Karl und Rosa hefte, zum Rekruten bestellten. Nur selbstverständlich, daß sie im Reichstagspalast verurteilten und in kommenden Zeit noch weit niederträchtlicher verurteilen werden, die revolutionäre Einheit zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern im Blut zu errichten.

Dürfen die Kommunisten in der Beurteilung dieser „Linken“ Führer auch nur einen Augenblick schwanken, auf die gerissenen „Linken“ Führer dieser Führer und aller der mit diesen auf Geheiß und Verordnungen Funktionäre hereinzuweisen? Ist nicht der Fall? So, wo Kommunisten, wenn auch unfähig, sich dazu vergaben, mit „Linken“ Führern Vereinbarungen zu treffen, eine „Einheitsfront“ zu machen, die die proletarische Klassenbewegung niederwirft, hat sie vorwärts zu bringen, ein Warnsignal für die gesamte faschistische Parteiorganisation, Schluß zu machen mit allen opportunistischen Elementen in den eigenen Reihen? Freilich es nicht in dieser Stunde der äußersten

Die kommunistische Presse in Gefahr!

Völkischer Beobachter auf ein paar Tage verboten / Ein Mandat zum Vorkhof gegen die KPD-Presse / Eure Antwort: Werbt für die Arbeiterstimme!

München, 2. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Polizeidirektion München hat den Völkischen Beobachter vom 31. Januar bis 7. Februar verboten. Begründet wird das Verbot mit einem Artikel, wo Staatsminister Schuler angegriffen wird, der gegen das Republikanische vertritt. — Aufheißend ist die kurze Dauer des Verbots, das jetzt nur ausgerechnet wird, um bei den Verboten der kommunistischen Zeitungen sich darauf berufen zu können. Das Verbot des Völkischen Beobachters ist ein Zeichen, daß der Terror gegen die kommunistische Presse noch verschärft werden soll.

Frecher Anschlag auf unser Kinderheim

Heraus zum Massenprotest!

Weimar, 31. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Einen unerbittlichen Streich hat sich der nationalsozialistische Minister Fried geistert, indem er mitteilt, daß das bekannte Kinderheim Weimar in Egerstadt keine Erlaubnis zur Aufnahme von Flüchtlingskindern mehr hätte. Als Grund wird angegeben, daß in diesem Heim zur Zeit eine Parteiliche der KPD tätig sei, die bekanntlich zweimal vom Reichspolizei überfallen wurde. In der Begründung heißt es: „Ein Kinderheim, das zu solchen Zwecken mißbraucht wird, bietet keine Gewähr mehr für das geistige und sittliche Wohl der ihm anvertrauten Kinder.“ Selbstverständlich ist die Begründung vollständig an den Haaren herbeigezogen. In Wirklichkeit sind die Polizeibehörden vollkommen ergebnislos verlaufen.

Gegen diesen unerbittlichen faschistischen Terroranschlag muß ein Empörungsruf in den Betrieben, Stempelstellen und Arbeiterorganisationen einleiten.

Gegenaufmarsch in Wurz

Wurz, 2. Februar.

In einer Versammlung der Nazijugend, die am Donnerstag in Wurz stattfand, versuchte die Versammlungsleitung, die zahlreich vertretenen kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter

Erweiterter Angriff der Scharfmacher auf Löhne und Sozialunterstützung

Besondere Kommission von Brüning ernannt / Krupp entwickelt den Plan / Betriebsarbeiter und Erwerbslose, rüft zum Weltkampftag am 25. Februar!

Dresden, den 2. Februar.

Die Brüning-Regierung hat eine Kommission zur „Verbesserung der Arbeitslosigkeit“ berufen, deren Aufgabe es sein soll, der Reichsregierung in kurzer Zeit ein „Gutachten“ über Wege und Mittel zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit vorzulegen. Die Kommission setzt sich aus den reaktionärsten Arbeitgebern zusammen, u. a. als Vorsitzenden den ehemaligen Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, den Großgrundbesitzer und Faschisten Petzold. Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der SPD bringt es fertig, dieser Kommission die höchste Absicht zu unterstellen: „Kampf gegen die Wirtschaftskrise.“

Der neue Vorstoß der Brüning-Regierung ist von ungeheurer Bedeutung. Einige der Maßnahmen, wie die Bourgeoisie die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen gedenkt, sind bereits bekannt. Die Statistik des Weltens fordern neben dem fortwährenden Lohnabbau eine 20prozentige Lohnsenkung außerhalb des Tarifabbaus. Nur unter diesen Umständen erklären sie sich bereit, das Großkapital, die Dulsburg-Kuhnt-Hütte, weiter in Betrieb zu halten. Für einen Teil in der Zigarettenindustrie beschäftigte Arbeiter ist bereits die

Flüchtlingsfrage eingeführt, die für die Arbeiter eine 12prozentige Lohnsenkung, für die Staatsbediensteten einen 5prozentigen Lohnraub bedeutet und von einer verschärften Arbeitslosenversicherung begleitet

ist. Schließlich werden die Pläne einer militärisierten Vorkriegszeit, insbesondere für die jugendlichen Arbeiter immer konkreter, ihre Verwirklichung immer drohender.

Aber das alles wird noch nicht das Letzte sein. Die KPD, die Zeitung vom gestrigen Sonntag, ein führendes Blatt der deutschen Großbourgeoisie, jährt die Rede Krupp von Böhlen und Halbach auf der Generalversammlung der Krupp AG am Freitag:

„Wir müssen den Versuch machen, Arbeitslose möglichst rasch wieder in den Produktionsprozeß einzugliedern. Das geht

Klassenpolitik und ist einseitiger revolutionärer Klassenbewegungen, das Proletariat genau so wie im Jahre 1923 einer Katastrophe entgegenzusehen, wenn auch nur einen Augenblick in unseren eigenen Reihen Schwankungen bestehen hinsichtlich der Politik der „Linken“ SPD-Führer? Wohl, Einheit mit den sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeitern, Verstärkung dieser Einheitsbewegung mit allen Mitteln in der Richtung des gemeinsamen Klassenkampfes gegen den Faschismus, aber gleichzeitig härtester, politisch begründeter Kampf gegen die „Linken“ Führer, die ihre sozialfaschistischen Taten hinter „Linken“ Worten verbergen wollen.

Arbeiterblut ist am Freitag in Dresden geflossen. Nicht durch den Mordhieb der Hitler-Banden, sondern durch die Drohe und Provokation sozialdemokratischer Führer. Das ganze Proletariat erhebt sich gegen diese Verräter und Vorkapituler. Auch die sozialdemokratischen Arbeiter werden es nicht dulden, daß die revolutionäre Einheit der Brüning-Politik ihrer Führer zum Opfer fällt. Darum heraus zum Massenbekenntnis für die revolutionäre Einheitsfront und ihre Führer, die kommunistische Partei!

Massenunterstützung für das Dresdner Proletariat morgen abend 20 Uhr im Regiertheim.

fortgesetzt zu provozieren und durch die SA den Saal zu räumen. In gemeinsamer Front schlugen die anwesenden Arbeiter die Angriffe zurück, so daß die Nazis kein Begeben, obgleich die Polizei Heilners aus Leipzig zur Unterstützung der Banditen herbeigekommen war. Am Freitag riefen KPD und Kampfbund gegen den faschistischen Terror zu einer Kundgebung unter freiem Himmel auf, die Massenbeteiligung auch von sozialdemokratischen, Reichsbannerarbeitern und Parteilosen auslief. Der Aufforderung der kommunistischen Redner, die einheitliche Kampffront gegen den Faschismus zu schaffen, den politischen und mehrfachen Massenkampf gegen die braune Mordpest zu verstärken, gaben die Massen begeistert ihre Zustimmung.

Abreibung in Bad Lausitz

Leipzig, 1. Februar.

Die SA-Leute von Bad Lausitz versuchten in einer Reichsbannerversammlung, zu provozieren und erhielten eine schwere Abreibung durch die anwesenden Arbeiter. Mehrere SA-Banden wurden erheblich verletzt. Als die Banden später eine Demonstration durchführen wollten, wurden sie von der Leipziger Polizei daran gehindert, um sie vor einer noch gründlicheren Abreibung durch die empörten Arbeiter zu bewahren.

Leipzig, 2. Februar.

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurden aus einem Waffenschatz 12 Mauserpistolen mit Munition entnommen. In einem Auto entflohen die Täter und beschossen, wie die bürgerliche Presse berichtet, ihre Verfolger. Wer die Pistolen entwendete, ist nicht bekannt.

Das Volksbegehren in Schaffhausen

Die Auflösung des Schaffhauser Gemeinderatsverordnetenkollegiums durch das Volksbegehren ging nicht durch. Somit bleibt das jetzige Kollegium, das bekanntlich den Brandstifter Schreier als Bürgermeister nicht wiederwählte, in seiner jetzigen Zusammensetzung bestehen.

nicht ohne Opfer auch derjenigen, die heute noch in Arbeit und Lohn stehen. ... Wenn es gelingt, Arbeit und Kapital zu einer solchen opferbereiten Gemeinheitsarbeit zusammenzuführen, so wäre ein Anfang gemacht.“

Die Königlich Preussische Zeitung schreibt dazu:

„Sollten diese drei gleich gerichteten Forderungen (Krupps, Brünnings und Stegerwalds — die Red.) sich nicht in eine Tat zusammenfassen lassen? Welche Hindernisse stellen sich ihnen entgegen? ... Das größte und wichtigste Hindernis ist ein Prinzip: Der auf längere Zeit gebundene Tariflohn. ... Alle Marktbedingungen ändern sich, aber der unflexible Tariflohn, der Lohn, bleibt zu lange in der Starre. ... Von dem Arbeiter, der höher 3 vom Hundert seines Lohnes für den Unterhalt seiner arbeitlosen Kollegen hergibt, wird ein weiteres Opfer der Solidarität verlangt, das gleich nicht leicht zu tragen ist. ... Der Vorstoß Krupps ist gemeinsamer Bemühungen, um in seiner Richtung eine Überwindung der Krise zu versuchen, wert.“

Was bedeutet dieser Vorstoß, den der Scharfmacher Krupp formuliert und der von der großindustriellen Presse als richtunggebend erklärt wird? Nichts weniger, als daß der Lohnraub, wie er jetzt von den Stahlrängen bei Durchbrechung des Tarifvertrages durchzuführen versucht wird, zu einem festen staatlich anerkannten und unterstützten System erhoben werden soll.

Zwangarbeit für die Erwerbslosen, Beschäftigung eines kleinen Teils von ihnen ausschließlich auf Kosten des Lohns der beschäftigten Arbeiter, das ist die Generalrichtung der Scharfmacher und ihrer Brüning-Regierung.

Dafür hat die Regierung die Kommission eingesetzt. Doch die Gewerkschaftsbürokratie auch zu dieser Arbeitsgemeinschaft bereit ist, beweist nicht nur ihre Unterstützung aller Lohnabbauaktionen in Sachen, im Ruhegebiet usw., sondern auch die vorbehaltlose Begründung, die die Ernennung der Kommission zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch den Vorwärts erzählt.

Über 5 Millionen Erwerbslose Deutschlands sind von weiterem Unterdrückungsraub oder Zwangsarbeit bedroht, 16 Millionen betriebsfähige Arbeiter von einem neuen Generalangriff der Kapitalisten auf die Löhne jählich des bereits in den letzten Monaten erfolgten Lohnabbau.

„Tavohil, Schicksalsgemeinschaft!“ Aber Schicksalsgemeinschaft zwischen den erwerbslosen und beschäftigten Arbeitern, Schicksalsgemeinschaft der wertvollen Mittelklassen, die bei einem weiteren Lohnabbau noch tiefer ins Elend hinabgeschleudert werden. Ihre Schicksals- und Kampfgemeinschaft muß eine tödliche Waffe werden gegen die kapitalistischen Lohnräuber, gegen die Diktaturregierung Brüning, die mit den Mitteln der Staatsgewalt die Scharfmacher unterstützt, gegen die faschistischen Streikbrecher, die die Zwangsarbeit fordern und den Kapitalisten Klassenabschneidungen in den Hals werfen, gegen die Gewerkschaftsbürokratie, die, wie bei der Metallbewegung in Sachsen, von sich aus die Verbindlichkeitsklärung eines Lohnraubschicksalspruches beantragte.

Unter dem Schicksalswink des oben angezeichneten neuen Massenangriffs der Lohnräuber erhalten die gegenwärtigen Tarifbewegungen der kleinen Gewerkschaften und Legitarbeiter eine besonders weittragende Bedeutung. Ist die Streikbewegung der Betriebe, die Verantwortung der WGO, die Vorbereitung einer Betriebsratsbewegung dringender als je zuvor.

Die kommunistische Internationale hat am 24. Februar zu einem Weltmassenstreik gegen Hunger und Terror aufgerufen. Jetzt wird wohl auch für die betriebsfähigen Arbeiter ersichtlich sein, daß es ihrer ebernen Kampfgemeinschaft mit den erwerbslosen Klassenkassen bedarf.

Der 25. Februar muß darum zu einem Massen demonstrationstag des ganzen Proletariats im Bündnis mit den wertvollen Mittelklassen werden.

Massenversammlung

morgen 20 Uhr im Regiertheim. Genosse Ewald Blau spricht: „Beantwortet die faschistischen Verbrechen gegen das Volk mit Volksturm gegen den Faschismus!“ Massen heraus! KPD, VB 1

Im Lande

30

Mehr die Straße

haben nicht

mit sie

Die Zahl

ihren

gungen

famliche

zuerst

zuerst

zuerst

zuerst

zuerst

zuerst

zuerst

zuerst

zuerst

zuerst

zuerst

zuerst

zuerst

zuerst

zuerst

zuerst

zuerst

zuerst

zuerst